

Aktueller Fokus

Südamerika als Partner – von kurzfristigen Interessen und globaler Verantwortung

Ende April forderte die neue Regierung Ecuadors von der internationalen Gemeinschaft jährliche Zahlungen von 350 Mio. US-\$ für die Nicht-Förderung von Ölreserven in einem Naturpark im Amazonasgebiet. So ungewöhnlich der Vorschlag auch scheinen mag – er weist ein enormes Kooperationspotential mit Südamerika aus und verdeutlicht zugleich die Schieflage, in der sich die Europäisch-Lateinamerikanischen Beziehungen befinden. Die EU ist in Lateinamerika zwar größter Geber von Entwicklungshilfe, ihr Ansehen als Partner im politischen Dialog leidet jedoch unter einer unflexiblen Handelspolitik und kurzfristig definierten außenpolitischen Interessen. [mehr](#)

[Zurück Index](#)

Regionalprojekt

Die Europäische Union und der Mercosur – zwei Integrationsräume im Dialog



Bereits seit acht Jahren verhandeln die Europäische Union und der Mercosur über ein Assoziierungsabkommen. Neben dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen steht auch eine engere politische Kooperation im Zentrum der Bemühungen. Denn beide Regionen eint das Ziel einer multipolaren Weltordnung mit einer neuformulierten internationalen Finanzarchitektur. Um den Dialog zwischen beiden Bündnissen zu intensivieren, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und Erfahrungen im Integrationsprozess gegenseitig nutzbar zu machen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung 2005 eine entsprechende Arbeitslinie gestartet. Regelmäßig treffen sich progressive Politikerinnen und Politiker der beiden Regionen. Diese progressiven Kräfte finden sich auf Seiten Europas insbesondere im Lateinamerika-Forum der Sozialistischen Fraktion unter Leitung des SPE-Vorsitzenden Martin Schulz, auf Seiten der Südamerikaner im Forum der progressiven Parteien des Cono Sur, dem auch Mercosur-Präsident Chacho Álvarez angehört. [mehr](#)

[Zurück Index](#)

Projekt Landesbüro

Gender in Jamaika. Die sozialpolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kingston



Rastakult, Traumstrände und Luxushotels mit angeschlossenem Golfplatz unter Palmen mögen das Bild des Landes im Ausland bestimmen. In Deutschland kommt im politischen Jargon das Bild von der "Jamaika-Koalition" dazu. Im Land selbst sieht die Lebenswirklichkeit des größten Teils der Bevölkerung anders aus. Jamaika leidet unter den Auswirkungen der weltweiten wirtschaftlichen Umstrukturierung. Die Landwirtschaft ist längst nicht mehr in der Lage, ihre traditionelle tragende Rolle zusammen mit dem Bauxitabbau und dem Tourismussektor auszufüllen. In dieser schwierigen Übergangssituation richtet sich ein wesentlicher Teil des Programms der FES in Kingston auf die sozialpolitischen Herausforderungen, die mit den Umwälzungen in Wirtschaft und Gesellschaft einhergehen. [mehr](#)

[Zurück Index](#)

José Miguel Insulza, Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, zu Gast in Berlin



Am 16. Mai hielt sich OAS-Generalsekretär Insulza auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin auf. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung sprach Insulza über die Entwicklungsperspektiven und die sozialpolitischen Herausforderungen der lateinamerikanischen Staaten sowie die Erfolgsaussichten der regionalen Integrationsmodelle. [mehr](#)

Mercosur-Präsident Carlos „Chacho“ Álvarez in der Friedrich-Ebert-Stiftung



Seit gut einem Jahr sitzt der ehemalige argentinische Vizepräsident Carlos „Chacho“ Álvarez dem Komitee der ständigen Vertreter des Mercosur vor. Seine Aufgabe ist es, den Integrationsprozess innerhalb des Bündnisses voranzutreiben und als Ansprechpartner für Drittstaaten zu fungieren. Ende März hielt sich Chacho Álvarez zu Gesprächen in Brüssel und Berlin auf. [mehr](#)

Kolumbianische Perspektiven: Gewaltspirale oder Friedensdividende?



Im Februar dieses Jahres wagte die FES ein ambitioniertes Unterfangen: Sie führte in einer sechsköpfigen Besuchergruppe aus Kolumbien Vertreter/innen der Regierung und der Opposition in einer einwöchigen Reise nach Brüssel und Berlin zusammen. Die Gespräche innerhalb der Gruppe waren nicht immer einfach, zeichneten sich aber durch große Offenheit aus. Der Öffentlichkeit konnte ein differenziertes Bild des kolumbianischen Konflikts vermittelt werden. [mehr](#)

Zukunft der Sozialpolitiken – Besuchergruppe aus dem Andenraum in Berlin

Derzeit hält sich eine Besuchergruppe des progressiven linken Spektrums des Andenraums in Berlin auf. Sie eint die gemeinsame Herausforderung, die enorme soziale Ungleichheit in der Region über positive Umverteilung und gezielte Armutsbekämpfung zu verringern. Die Politikerinnen und Politiker aus Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela tauschen sich hier untereinander sowie mit deutschen Parlamentarier/innen und Regierungsmitgliedern über die unterschiedlichen politischen Ansätze in ihren Ländern aus. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Publikationen



Die aus der Projektarbeit entstehenden und sie begleitenden Veröffentlichungen erscheinen in der Regel in Spanisch oder Portugiesisch und richten sich an Leser in Lateinamerika. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

Der Mercosur in der Ära progressiver Regierungen

[mehr Info auf unserer Website](#)

[↑ Zurück Index](#)

 Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik

Im ersten Halbjahr 2007 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt. [mehr](#)

 [Zurück Index](#)

Südamerika als Partner – von kurzfristigen Interessen und globaler Verantwortung

Lateinamerika erschien Europa bislang wirtschaftlich schlicht zu träge, sicherheitspolitisch zu unbedeutend und politisch – von macondesken Kapriolen abgesehen – über die letzten zwanzig Jahre zu stabil, als dass die Region im außenpolitischen Tagesgeschäft Aufmerksamkeit gefunden hätte. Von Lateinamerika gehen weder durch terroristische Zellen oder religiösen Fanatismus noch durch Massenvernichtungswaffen Bedrohungen für den Weltfrieden aus. Und die jungen Demokratien haben sich trotz der eklatanten sozialen Ungleichheit als erstaunlich stabil erwiesen. Wirtschaftlich gewinnt zwar gerade Südamerika derzeit an Dynamik. Da der Aufschwung aber überwiegend der wachsenden Rohstoffnachfrage geschuldet ist, darf an seiner Nachhaltigkeit gezweifelt werden. Die (schwindenden) kulturellen Bande zwischen Europa und Lateinamerika werden weiterhin beschworen. Der biregionale politische Dialog findet jedoch nicht auf Augenhöhe statt, solange die EU-Kommission protektionistische Handelspolitik einerseits und anscheinend desinteressierte Entwicklungskooperation andererseits unvermittelt nebeneinander stellt. Gerade die seit acht Jahren erfolglos geführten Assoziierungsverhandlungen mit dem MERCOSUR haben die Vertrauensbasis porös und Fragen nach der globalen Gültigkeit der Werte laut werden lassen, die dem europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell zugrunde liegen. Im Mercosur, der immerhin 65% der Bevölkerung und 78% des BIP Südamerikas darstellt, wächst der Frust, und Europa läuft Gefahr, mit Rücksicht auf die heimische Agrarlobby in der Region wichtige Partner zu verlieren.

Erst der sogenannte Linksruck des Superwahljahres 2006 hat das deutsche außenpolitische Interesse an Lateinamerika wieder auf den Plan gerufen: Obwohl es schon hierzulande schwer fällt zu definieren, was genau unter links zu verstehen ist, sortiert man die neuen Regierungen Südamerikas in eine gute, weil pragmatische Linke und eine schlechte, weil nationalistische Linke. Weil nun Frauen, Indigene und Gewerkschafter an der Regierung (keineswegs aber damit an der Macht) sind, erwartet man einen rabiaten Schnitt in der politischen Kultur und erhöht so international noch den Erfolgsdruck, dem die überwiegend unerfahrenen Regierungsmannschaften ohnehin ausgesetzt sind. Denn die marginalisierten Bevölkerungsschichten in Lateinamerika hoffen auf eine rasche und spürbare Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Die neuen Eliten verfügen aber über nur geringe Wachstumsspielräume und scheuen den steinigen Weg der Umverteilung über Fiskalpolitik. Die Aneignung von Rohstoffrenten erscheint daher ein vielversprechender Weg zu sein, um schnell handlungsfähig zu werden – birgt aber auch die Gefahr kurzfristiger assistenzialistischer Politiken und der bekannten negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen als Rentenökonomie. Die Regierungen Correa, Morales, Lula, Chávez und Kirchner sind per se weder Problem noch Lösung – sie sind Ergebnis des Scheiterns eines Entwicklungsmodells und Ausdruck der Suche nach einem neuen. Es handelt sich um demokratisch gewählte Regierungen, die mit überaus unterschiedlichen und im Einzelfall auch fragwürdigen Mitteln versuchen, den Spaltpilz der sozialen Ungleichheit zu bekämpfen. Die Mischung aus innenpolitischem Erwartungsdruck, positiver Wirtschaftskonjunktur und neuer Eigenständigkeit gegenüber den USA macht sie offensiver, aber auch anfälliger für kurzfristig rentable Allianzen im ausschließlich nationalen Interesse.

Umso erstaunlicher ist also der ecuadorianische Vorschlag: Besagter Yasuni-Nationalpark, ein 1989 von der UNESCO zum Biosphärenreservat erklärtes Gebiet von 982.000 ha, weist weltweit die höchste Artenvielfalt pro Hektar auf und beherbergt die in freiwilliger Selbstisolation lebenden indigenen Bevölkerungsgruppen Taromenani und Tagaeri. Unter dem Park liegt eine geschätzte Ölreserve von 1 Milliarde Barrel, ein gesichertes Geschäft von jährlich 700 Millionen US\$ auf die kommenden 20 Jahre. Zur Förderung dieser Reserve hat die ecuadorianische Ölgesellschaft bereits mit Brasilianern und Chinesen ein Konsortium gegründet und stand kurz vor den Probebohrungen, als der neue, als linksnationalistisch bezeichnete Präsident Rafael Correa der staunenden Öffentlichkeit mitteilte, sich von der Weltgesellschaft die Nicht-Ausbeutung der Vorkommen bezahlen lassen zu wollen. Nun sollte dies gerade uns Europäern, die wir seit langem für Nicht-Produktion bezahlen, wenig abwegig vorkommen. Hier geht es aber nicht nur um den Erhalt von Kultur- oder biologisch wichtigen Naturräumen. Neben der Zerstörung des Lebensraumes Regenwald, die mit jeder Art von Fördertätigkeit einher geht, bedeuten die Milliarde Yasuni-Öl – einmal gefördert – einen zusätzlichen CO₂-Ausstoß von 440 Millionen Tonnen.

Die EU hat sich jüngst unter deutscher Ratspräsidentschaft ehrgeizige Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes gesteckt und bemüht sich – siehe ASEM-Treffen und G8-Gipfel offenbar erfolglos – um ein ebenso ehrgeiziges Anschlussregime für das 2012 auslaufende Kyoto-

Protokoll. Globaler Klimaschutz braucht jedoch verlässliche Partnerschaften, eine nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung und neue Kooperationsformen. Lateinamerika ist die Weltregion mit der größten Biodiversität, sie verfügt über enorme Rohstoff- und Süßwasservorkommen, stellt schon jetzt einen Gutteil der Welternährung sicher und - produziert Sauerstoff. Und Brasiliens Bioethanolproduktion ist in der Region ebenso führend wie die deutsche Solar- und Windtechnologie in Europa. Die Sinnhaftigkeit einer engen Zusammenarbeit ist augenfällig.

Doch man wird sich in Sachen Klimakooperation wenig näher kommen, solange von europäischer Seite in den Assoziierungsverhandlungen auf Vorlagen bestanden wird, in denen die unterschiedliche wirtschaftliche und institutionelle Leistungsfähigkeit beider Region wenig Berücksichtigung findet. Gleichzeitig geht es auch nicht um Zugeständnisse, die die EU aus entwicklungspolitischen Beweggründen und zwecks Armutsbekämpfung macht. Europa muss erkennen, dass Lateinamerika – im Gegensatz zur eigenen Situation – durchaus attraktive Kooperationsangebote gerade aus Asien unterbreitet werden; Angebote, die ohne kulturelle Nähe, Demokratieklausel oder Sozialstandards auskommen. Europa und Deutschland wären daher gut beraten, wenn sie im eigenen Interesse gerade jetzt – angesichts globaler Kräfteverschiebungen – den lateinamerikanischen Partnern einen gleichberechtigten Dialog und eine beidseitig vorteilhafte Allianz anböten. Gerade die Suche der neuen Regierungen in der Region nach Entwicklungsalternativen sollte dort entwicklungs- und handelspolitisch sowie technologisch unterstützt werden, wo man statt kurzfristiger Ausbeutung Ressourcenreichtum nachhaltig bewirtschaften und für Strukturwandel und Sozialinvestitionen nutzen will.

Im Rahmen des Projekts „Kompass 2020“, mit dem die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zur Debatte über Deutschlands Ziele, Rolle und Strategien in den internationalen Beziehungen leistet, hat Dr. hc Wolf Grabendorff den Beitrag „Lateinamerika – Viel Demokratie, wenig Staat und kaum sozialer Fortschritt“ vorgelegt. Am 11. Juni 2007 diskutierte der Autor in Berlin seine Sicht auf die Zukunft der Region sowie seine Empfehlungen an die deutsche Außenpolitik mit S.E. Luiz Felipe de Seixas Correa, Botschafter der Föderativen Republik Brasilien, und MdB Niels Annen sowie Fachpublikum.

Die Europäische Union und der Mercosur – zwei Integrationsräume im Dialog



Außer der europäischen Union gibt es weltweit nur einen weiteren Integrationsblock, der sich neben Handelsliberalisierung auch politische Zusammenarbeit und sozialen Ausgleich zum Ziel gesetzt hat: der Mercosur. Diesem Integrationsraum des südlichen Lateinamerika gehören Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela an. Beide Bündnisse, EU und Mercosur, verhandeln seit 1999 über ein Assoziierungsabkommen. Sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch beim Mercosur besteht Konsens darüber, dass die Handelsbeziehungen

zwischen beiden Regionen ausgebaut und intensiviert werden sollen. Die Integrationsräume sind wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung strategisch wichtig füreinander – daher versprechen sich beide Seiten von einem Abkommen wirtschaftliches Wachstum und eine verbesserte Wettbewerbssituation auf dem globalisierten Markt. Immerhin würde bei Abschluss des Abkommens die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Noch wichtiger aber wäre die politische Bedeutung eines Assoziierungsabkommens. Bei entsprechender Ausgestaltung könnte das Abkommen verstanden werden als erster Schritt auf dem Weg zu einer kohärenten Zusammenarbeit in den Bereichen Entwicklungs-, Handels- und Umweltpolitik. Denn beide Regionen eint das Ziel einer multipolaren Weltordnung mit einer neuformulierten internationalen Finanzarchitektur. Gemeinsam könnten Europäische Union und Mercosur daher ihre Allianzfähigkeit im internationalen System erhöhen und einflussreiche strategische Partner sein. Bislang allerdings reicht der Dialog nicht wesentlich über wohlmeinende Absichtsbekundungen hinaus. In der Praxis fehlt es noch an zukunftsfähigen gemeinsamen Projekten und abgestimmten Kooperationen.

Um den Dialog zwischen beiden Bündnissen zu intensivieren, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und Erfahrungen im Integrationsprozess gegenseitig nutzbar zu machen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung 2005 eine entsprechende Arbeitslinie gestartet. Getragen wird dieses Projekt insbesondere durch die Büros in Brüssel und Montevideo (die uruguayische Hauptstadt ist Sitz des Mercosur-Sekretariats und -Parlaments). Regelmäßig treffen sich seither Vertreterinnen und Vertreter politischer Parteien sowie Regierungsmitglieder der demokratischen Linken beider Regionen. Diese politischen Kräfte des Mitte-Links-Spektrums wollen gemeinsam die Bedeutung des biregionalen Dialogs unterstreichen und für eine politischere Sicht des Assoziierungsabkommens werben.

Die Zusammentreffen zeichnen sich durch große Offenheit aus; die vorhandenen Konfliktpunkte werden klar angesprochen. Derer sind durchaus einige vorhanden. Bislang liegt ein erfolgreicher Abschluss des Abkommens in weiter Ferne. Da der Mercosur großes Interesse an erweiterten Importquoten für Agrarprodukte und entsprechend weiterverarbeitete Produkte hat, konzentrieren sich seine Forderungen gegenüber der EU bislang auf die Erweiterung bestehender Importquoten sowie Zollsenkungen. Die weitreichenden Forderungen der EU erfassen im Gegenzug die Bereiche Telekommunikation, Finanzen, maritimer Handel sowie Regelungen zum staatlichen Schutz von Investitionen, die rechtliche Gleichbehandlung ausländischer Investoren, den Zugang zum Ausschreibungsmarkt im Öffentlichen Dienst und die Durchsetzung von Patenten. Die EU weigert sich, den Markt signifikant für landwirtschaftliche Produkte zu öffnen. Die Mercosur-Staaten lehnen es im Gegenzug ab, weitere Marktliberalisierungen im Industrie- und Dienstleistungsbereich zu realisieren. Damit weisen die Verhandlungsstrukturen ähnliche Muster auf wie innerhalb der Welthandelsorganisation.

Tatsächlich birgt der Forderungskatalog der EU erhebliche Risiken für den Mercosur in den Bereichen Regionalentwicklung, Technologietransfer, Förderung Benachteiligter, Verbraucher- und Umweltschutz. Umweltfreundliche und sozialverträgliche Produktionsweisen wie ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Forstwirtschaft und fairer Handel spielen bislang allenfalls eine untergeordnete Rolle. Sollte die EU weiterhin bei den Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen auf ihrem bisherigen Forderungskatalog bei gleichzeitig nur geringen Zugeständnissen im Agrarbereich beharren, wird es auf absehbare Zeit keinen Abschluss des

Abkommens geben. Insbesondere für Brasilien und Argentinien sind Fortschritte in den Verhandlungen unter der derzeitigen Ausgangslage ausgeschlossen. Zwar sind auch die Interessen innerhalb des Mercosur unterschiedlich gelagert, es besteht jedoch Einigkeit im Verdruss über die Verhandlungen, die mit gleichberechtigter Partnerschaft aus lateinamerikanischer Sicht wenig zu tun hat.

Kommt aber der Abschluss in dieser bislang anvisierten Form oder gar nicht zustande, so wäre eine einmalige Chance vertan: Den Zusammenschluss dieser beiden Integrationsblöcke zu einem Modell gleichberechtigter Partnerschaft und nachhaltiger Entwicklung zu machen. Eine stärkere inhaltliche Beteiligung der progressiven Kräfte beider Regionen könnte das Assoziierungsabkommen zu einem wirklichen Instrument des Dialogs und Multilateralismus machen. Diese progressiven Kräfte finden sich auf Seiten Europas insbesondere im Lateinamerika-Forum der Sozialistischen Fraktion, auf Seiten der Südamerikaner im Forum der progressiven Parteien des Cono Sur (vergleiche hierzu [Newsletter Ausgabe 03, 12.2006](#))

Trotz der offenkundigen Probleme besteht in diesem Kreis Konsens darüber, dass es zur regionalen Integration keine Alternative gibt. Gerade angesichts der jüngst erfolgten Konstituierung des Mercosur-Parlaments wird ein strukturierter Dialog mit der SPE-Fraktion als hilfreich angesehen. So reiste Ende März eine hochrangige Mercosur-Delegation nach Brüssel, um die Funktionsweise verschiedener europäischer Institutionen kennen zu lernen und die strittigen Punkte des Assoziierungsabkommens zu besprechen. Im Zentrum der Reise aber stand das Treffen mit dem Lateinamerika-Forum der Sozialistischen Fraktion unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Martin Schulz. Schulz wird im August selbst in den Cono Sur reisen und mit den politischen Entscheidungsträgern vor Ort zusammentreffen. Neben der Handels- und Agrarpolitik wird die Klima- und Energiepolitik im Vordergrund der Gespräche stehen. Anders als im Agrarbereich gibt es im Energiesektor keine nennenswerten divergierenden Interessen beider Regionen. Eine energiepolitische Kooperation insbesondere über eine gezielte Förderung Erneuerbarer Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz sowie einen Ausbau des Emissionshandels brächte vielmehr beiden Seiten erhebliche wirtschaftliche und entwicklungspolitische Vorteile. Neben den klimarelevanten Vorteilen handelt es sich beim regionenübergreifenden Emissionshandel um ein Instrument zur Reduzierung der Armut. Dies gilt insbesondere für kleinere Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien. Eine solche Vernetzung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem ist Kernaufgabe der Linken und taugt als zentrales gemeinsames Projekt auf dem Weg zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft.

Gender in Jamaika. Die sozialpolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kingston



Der traditionell relativ feste Zusammenhalt der jamaikanischen Gesellschaft leidet zunehmend unter den Auswirkungen der globalen wirtschaftlichen Veränderungen. Wie in den meisten anderen Karibikinselstaaten hat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes im Vergleich mit der internationalen Konkurrenz nicht mithalten können. Der Preisverfall bei den traditionellen Exportprodukten (Zucker, Kaffee) hat zu Verwerfungen in der ländlichen Gesellschaft Jamaikas geführt. Der Tourismus hat bisher keinen genügenden Ausgleich für die in der Landwirtschaft verlorenen Arbeitsplätze geschaffen.

Dazu kommen externe Faktoren, wie der Drogen- und Waffenhandel und die Steigerung der Kriminalitätsrate, die teilweise auch auf die steigende Zahl der aus den USA, Kanada und England ausgewiesenen Strafegefangenen jamaikanischer Herkunft zurück in ihr ursprüngliches Heimatland zurückzuführen ist. Angst vor Gewalt ist zu einem der wichtigen Themen in der Öffentlichkeit des Landes geworden.

Die staatlichen Einrichtungen, Polizei, Justiz, Schule und Gesundheitswesen versuchen, sich auf diese neuen Herausforderungen einzustellen. In Familien und staatlichen Bildungseinrichtungen zeigen sich in zunehmendem Maß Probleme, Jugendlichen aus den Armutsgruppen der Bevölkerung Hoffnung und Perspektiven für ihre Zukunft zu geben. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen erreicht inzwischen nach offiziellen Angaben über 42%.

Auch in anderen Bereichen zeigen sich Mängel im Erhalt und der Pflege der staatlichen Infrastruktur. Zum ersten Mal seit 40 Jahren werden im Land wieder Malariafälle registriert. Offensichtlich wurden die gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Malariabekämpfung (wie zum Beispiel Spray-Aktionen in Wohnvierteln, die Behandlung der Kanalisation) vernachlässigt.

Vor allem unter männlichen Jugendlichen ist zu beobachten, dass sie zunehmend in Gefahr sind, aus der Gesellschaft herauszufallen. Wegen mangelnder schulischer Ausbildung und Motivation gelingt es ihnen nur mit Schwierigkeiten, einen ordentlichen Arbeitsplatz zu finden. Kriminellen Banden fällt es offenbar leicht, einige von ihnen mit schnellem Geld zu verführen. Jamaika ist zu einem Land mit einer beunruhigend hohen Verbrechensrate geworden. All dies hat auch dazu geführt, dass in der nationalen Presse Meldungen über Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Inzest, Gewalt am Arbeitsplatz, die Ausbreitung von AIDS-Erkrankungen mehr als zuvor eine Rolle spielen.

Über 40% der Familienhaushalte müssen ohne die Unterstützung durch Ehemänner und Väter zurechtkommen und sind allein auf sich gestellt.

Die Regierung von Jamaika, seit 2006 von der Premierministerin Portia Simpson-Miller von der sozialdemokratischen People's National Party (PNP) geleitet, versucht mit einer Reihe von Gesetzesinitiativen und Hilfsprogrammen, den Verfall der gesellschaftlichen Strukturen zu verhindern. Frau Simpson-Miller ist die erste Premierministerin in der Geschichte Jamaikas. Sie hat sich in internen Wahlkämpfen innerhalb der regierenden PLP gegen eine Reihe ihrer Ministerkollegen durchgesetzt.

Ein beträchtlicher Teil der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kingston in den letzten Jahren bezieht sich in diesen Zusammenhängen auf Ausbildungs- und Beratungsveranstaltungen zu sozialpolitischen Problemstellungen im umfassenden Sinn.

Dabei geht es nicht allein um die Kooperation mit frauenpolitischen Institutionen, sondern auch

um die Einbeziehung von Männern, die sich als Ausbilder und Leiter von lokalen Jugendorganisationen bemühen, im Hinblick auf den Umgang mit den sozialen Verfallserscheinungen und ihren Auswirkungen die Jugendlichen auch auf die Lebenssituation von Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen und sie mit praktischen Beispielen für Problemlösungen bekannt zu machen.

Dazu kommt die Unterstützung der gesetzgeberischen Reformpläne und Arbeitsmarktprogramme der Regierung und die Zusammenarbeit mit den Polizei- und Justizbehörden in den politischen Diskussionen und Debatten.

In der Planung und Durchführung dieser ambitionierten Programme arbeitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kingston mit nationalen und internationalen Fachorganisationen und Einrichtungen eng zusammen. Hier sind als Beispiele vor allem die UNIFEM von den Vereinten Nationen zu nennen, das Büro für Frauenangelegenheiten im Amt der Premierministerin, dazu die Universitäten in Jamaika und in Trinidad (die regionale University of the West Indies in beiden Ländern). All diese Institutionen sind inhaltlich, personell, logistisch und auch finanziell in den gemeinsamen Programmen engagiert.

In den Arbeitsprogrammen der Stiftung vor Ort geht es um Information und Ausbildung zu folgenden Themen:

- Reformen im Gerichtswesen bei der Behandlung von Gewaltverbrechen gegen Frauen
- Diskussion des Gesetzentwurfs gegen sexuelle Belästigung und andere gesetzgeberische Vorhaben der Regierung
- Stärkung der Selbstverwaltungskapazität auf lokaler Ebene im Umgang mit Kriminalität, Schaffung von Arbeitsplätzen, Behebung von Defiziten in den Schulen, Verbesserung der sanitären Verhältnisse, Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen, Konfliktbewältigungsmöglichkeiten auf der lokalen Ebene
- Auswirkungen der regionalen wirtschaftspolitischen Liberalisierung in den Ländern der Karibik auf die Lebenssituation von Frauen. Es geht hier um die Regierungsverhandlungen zur Herstellung eines gemeinsamen Markts in den Mitgliedsländern der CARICOM-Region.

Ein Höhepunkt der Arbeit der Stiftung in der letzten Zeit innerhalb des Programms mit der UN Frauenorganisationen UNIFEM, der University of the West Indies in Jamaika und mit dem nationalen Frauendachverband vor Ort war das Treffen mit der Premierministerin, dem Minister für auswärtige Beziehungen und Außenhandel, dem Generalstaatsanwalt, dem Obersten Richter des Landes und mit der Leitung der Vereinigung der Rechtsanwälte. Diese Veranstaltungen und Gespräche wurden gleichzeitig über Fernsehen und Radio übertragen. Der unmittelbare Anlass zu diesen Treffen war das Vorhaben der Regierung Jamaikas, das internationale Zusatzprotokoll der UN-Vereinbarung zur Eliminierung aller Formen von Gewalt gegen Frauen zu unterzeichnen.

Die einheimische Leiterin des Büros der Stiftung in Kingston arbeitet inzwischen auch als regionale Fachexpertin für die Länder der Karibik bei internationalen Expertentreffen mit und hilft, in der Region über die sozialpolitischen Herausforderungen und Ergebnisse zu informieren und zu beraten.

José Miguel Insulza, Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, zu Gast in Berlin



Seit knapp zwei Jahren wird die Organisation Amerikanischer Staaten, kurz OAS, vom chilenischen Sozialisten José Miguel Insulza geleitet. Die Wahl des Weggefährten Salvador Allendes und ehemaligen Innenministers Chiles war international auf großes Interesse gestoßen, bedeutete sie doch eine Zäsur. Erstmals in der Geschichte der OAS gelangte ein Politiker ins Amt des Generalsekretärs, der zunächst von den USA strikt abgelehnt wurde. Seine Wahl war Indiz für das wachsende Selbstbewusstsein der lateinamerikanischen Staaten und den schwindenden Einfluss der nördlichen Supermacht.

Insulzas größte Herausforderung ist es, die OAS einflussreicher und politisch bedeutsamer zu machen. Denn die amerikanischen Staaten müssen erst noch unter Beweis stellen, dass sie die Integration (Latein-) Amerikas wirklich wollen und bereit sind, dafür große Anstrengungen zu unternehmen. Ob die interamerikanischen Beziehungen tatsächlich vor einer Neuausrichtung stehen, die durch die OAS und ihren neuen Generalsekretär mitgestaltet werden können, darüber wird die Konsensfähigkeit der US-Administration und der südamerikanischen Regierungen entscheiden.

Sollte sich die Bereitschaft zu Dialog und Übereinkommen auf dem Kontinent nicht durchsetzen, ist eine Verhärtung der inneramerikanischen Konflikte wahrscheinlich.

Am 16. Mai war Insulza auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Vor über 150 Gästen sprach der Generalsekretär über die Entwicklungsperspektiven und -hemmnisse der lateinamerikanischen Staaten und die Erfolgsaussichten der regionalen Integrationsmodelle. Das mitunter schwierige Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wurde ebenso beleuchtet wie der jüngste Disput mit Venezuelas Staatschef Hugo Chavez. Insulza zeigte sich zuversichtlich, durch eine konsequente Reformierung der OAS auch deren Einfluss in der Region zu erhöhen.

■ Mercosur-Präsident Carlos „Chacho“ Álvarez in der Friedrich-Ebert-Stiftung



Der Mercosur, dem Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie Venezuela angehören, ist die drittgrößte Handelsunion der Welt. Um den Mercosur institutionell zu stärken, wurde vor wenigen Jahren das Komitee der ständigen Vertreter des Mercosur geschaffen. Vorsitzender dieses Komitees ist seit gut einem Jahr der frühere argentinische Vizepräsident Carlos „Chacho“ Álvarez. Chacho Álvarez nimmt die Repräsentanz der Mitgliedstaaten des Mercosur wahr und fungiert als wichtigster Ansprechpartner für Drittstaaten. Seine dringlichste Aufgabe ist die Gestaltung des Integrationsprozesses im Mercosur in Zeiten interner Feindseligkeiten und politischer Polarisierung der südamerikanischen Hemisphäre. Durch die Aufnahme Venezuelas und den vermutlich bald erfolgenden Beitritt Boliviens steht das Integrationsbündnis vor neuen institutionellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, aber auch neuen Herausforderungen. Als Koordinator des Mercosur muss Chacho Álvarez eine gemeinsame Strategie der Mitgliedstaaten formulieren und umsetzen. Dies gilt auch für die Außen- und Handelsbeziehungen, so auch im Verhältnis zur Europäischen Union. Im März reiste Chacho Álvarez nach Brüssel und Berlin, um über

Herausforderungen und Perspektiven des Integrationsprozesses zu berichten und die Zusammenarbeit zwischen Mercosur und Europäischer Union voranzutreiben.

[↑ Zurück Index](#)

■ Kolumbianische Perspektiven: Gewaltspirale oder Friedensdividende?



Der 2003 von Kolumbiens Präsident A. Uribe begonnene Demobilisierungsprozess der Paramilitärs scheint Möglichkeiten zur Lösung des jahrzehntelangen Konfliktes zu bieten. Zugleich spitzt sich die politische Situation des Landes zu. Grund dafür sind politische Skandale, die Ende 2006 Verflechtungen zwischen politischen Entscheidungsträgern und illegalen Sektoren offen legten. Während für die Regierung ein Friedensprozess greifbar nah ist, kritisieren Teile der politischen Linken: Von einem wahren Friedensprozess könne erst die Rede sein, wenn es zu einer Annäherung

zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerilla gekommen sei. Alle Oppositionsanhänger und Vertreter der Zivilgesellschaft sind sich einig, dass die Demobilisierung bisher auch negative Auswirkungen hat. Trotz der aner kennenswerten Arbeit der „Kommission zur Wiedergutmachung und Versöhnung“, ist sie vor allem noch zu wenig auf die Rechte der Opfer ausgerichtet.

Im Februar verdeutlichte dies eine Delegation aus vier hochrangigen kolumbianischen Politiker/innen der Regierung und Opposition sowie zwei Vertreter/innen der Zivilgesellschaft. Bei einer einwöchigen Reise auf Einladung der FES nach Brüssel und Berlin machte sie bewusst, dass es einen gemeinsamen Willen zur Befriedung des Landes gibt. Aber eine Kooperation der politischen Kräfte mit diesem Ziel bleibt trotz einiger Hoffnungsmomente schwierig. Die prominente Gruppe, wie sie unterschiedlicher nicht hätte sein können, diskutierte mit deutschen MdBs, hochrangigen Entscheidungsträger/innen, Abgeordneten des europäischen Parlaments und MitarbeiterInnen der EU-Institutionen. Sie betonte, wie wichtig ihnen dieser Austausch, der Dialog und die Diskussionen fernab ihrer Heimat sind. Doch was sind die Perspektiven bei ihrer Rückkehr? Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Fest steht nur: Es besteht Konsens darüber, wo der Dissenz liegt. Deutschland bleibt einer der wichtigsten Ansprechpartner Kolumbiens. Die Gespräche in Berlin und Brüssel während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben gezeigt, dass sowohl die deutsche Zivilgesellschaft als auch deutsche Entscheidungsträger/innen ein großes Interesse daran haben, die Kolumbianerinnen und

Kolumbianer auf der Suche nach praktischen Lösungen für die dringenden Probleme ihres Landes zu unterstützen. Dies bewiesen über 600 Besucher/innen einer öffentlichen Veranstaltung in Kooperation mit dem IAI in Berlin, ebenso wie die zahlreichen Teilnehmer eines nicht-öffentlichen Fachdialogs. Mittlerweile hat die kolumbianische Regierung angekündigt, gefangene Guerillamitglieder in einen Freilassungsprozess einzubeziehen. Darüber werden die Delegationsmitglieder beim nächsten Besuch berichten.

 [Zurück Index](#)

Zukunft der Sozialpolitiken – Besuchergruppe aus dem Andenraum in Berlin

Die sozialen Entwicklungen der letzten Jahre in Lateinamerika, die zunehmend internationalen Einflüssen ausgesetzt sind, zwingen zum Überdenken von Konzepten darüber, in welcher Weise der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger sorgen soll. Lateinamerika hat bereits einen intensiven Privatisierungsprozess hinter sich; die negativen Folgen für Infrastruktur, Arbeitsmarkt, Gesundheits- und Bildungswesen, die in eklatanter Diskrepanz zu den positiven makroökonomischen Daten stehen, sind hinlänglich bekannt. Der Wahlerfolg linksorientierter Regierungen in Lateinamerika ist nicht zuletzt auf die Frustration der Bevölkerung über diese Entwicklungen zurückzuführen. Entsprechend groß ist der Druck, realistische Alternativkonzepte zu präsentieren.

Vor diesem Hintergrund lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni diesen Jahres prominente Vertreter/innen des progressiven politischen Spektrums aus Bolivien, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela zu Gesprächen nach Berlin ein. Ziel ist der Austausch über die gemeinsame Herausforderung, die enorme soziale Ungleichheit in der Region über positive Umverteilung und gezielte Armutsbekämpfung zu verringern. Zudem bietet der Besuch den deutschen Gesprächspartner/innen die Möglichkeit, mit den Parlamentarier/innen und Regierungsmitgliedern über die unterschiedlichen politischen Ansätze zu diskutieren und einen vertieften Eindruck über die Standpunkte der meist „neuen“ politischen Kräfte in den Andenländern zu erhalten.

 [Zurück Index](#)

Länderanalysen

Mexikos junge Demokratie zwischen Stagnation und Krise. Svenja Blanke, Februar 2007

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Bolivia – Chile. Hacia la construcción de agendas conjuntas. Luis Maira, Cristián Fuentes, Flavio Escobár Llanos, Gustavo Fernández Saavedra. Santiago / Chile, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

Nueva Sociedad: "Privatizaciones, 15 años después", Número 207, Enero - Febrero 2007

<http://www.nuso.org/revista.php?n=207>

Las relaciones entre la Unión Europea, América Latina y El Caribe: Impactos de las Cumbres en la perspectiva de Lima 2008. Jaime Ensignia, 2007

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

New Powers for Global Change? Challenges for International Development Cooperation – The case of Brasil. Catrina Schläger, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007

[Publikation herunterladen \(PDF Format\)](#)

 [Zurück Index](#)

■ **Im ersten Halbjahr 2007 fanden folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik statt:**

Einsatzland – ort/Zuständigkeit	Name	seit
Berlin (Sekretariat)	Maria de la Calle	Januar 2007
Bonn (Sekretariat Cono Sur)	Stefanie Hahl	Mai 2007
Bonn (Sekretariat Anden)	Katharina Deriks	Mai 2007
Bonn (Referentin Zentralamerika und Gewerkschaftskoordination)	Jana Zitzler	Juni 2007

[↑ Zurück Index](#)

[Newsletter abonnieren](#) | [Abbestellen](#) | [Kontakt](#)

V.i.S.d.P. Dörte Wollrad
(c) 2005 Referat Lateinamerika und Karibik
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Tel.- (0228) 883 534
Fax- (0228) 883 404



Programmierung und Design: [G-Softsolutions](#)